

RWE Power will weiterhin Kohlekraftwerk in Ensdorf gegen Mehrheit saarländischer Bürger bauen

Umwelt-Infodienst fordert Aufgabe des Projekts

Saarbrücken, 22.10.2007 – RWE Power hält ungeachtet massiver Proteste und gegen die Mehrheit der saarländischen Bevölkerung an dem geplanten Steinkohlekraftwerk in Ensdorf/Saar fest. Noch immer unterstützen auch die Landesregierung und CDU-Landtagsfraktion gegen die Basis ihrer Partei das geplante klimaschädliche und für das Saarland völlig überdimensionierte 1.600 Megawatt Großkraftwerk mit zwei Blöcken.

Unterdessen lehnen 54 Prozent der CDU-Anhänger sowie Stadt- und Gemeinderäte das Projekt ab. Mehrere von der CDU regierte Nachbargemeinden von Ensdorf unterstützen eine Resolution auch gegen die CDU Landesregierung. Gleichzeitig spricht sich eine breite Allianz aus Umweltverbänden, Ärzteschaft, Immobilien- und Kinderschutzverbänden sowie den Grünen aus gesundheitlichen, finanziellen und umwelttechnischen Gründen gegen das Projekt aus. Jutta Krüger-Jacob von der regionalen Bürgerinitiative forderte gegenüber dem Umwelt-Infodienst, die gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung, beispielsweise durch erhöhte Feinstaubbelastung, stärker in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

„Es darf nicht sein, dass ein Projekt mit solchem Gefährdungspotential gegen den Willen der Bevölkerung, zu deren finanziellen und gesundheitlichen Lasten es geht, durchgesetzt wird. Es ist pure Heuchelei, wenn die Landesregierung einerseits Klimaschutz und regenerative Energien predigt, andererseits aber mit Stolz den Bau dieses Klimakillers befürwortet und Bürgerinteressen mit Füßen tritt“, sagt Jutta Rausch vom Umwelt-Infodienst in Kaiserslautern. „Wenn man tatsächlich etwas für die Energieeffizienz tun will, muss dieses Projekt gestoppt und in eine dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärme-Kopplung investiert werden“.

In Zeitungsanzeigen und Rundfunkspots versucht RWE Power, schlechte Werte des geplanten Großkraftwerkes schön zu reden und wirbt damit, daß das Projekt die Energieeffizienz um 20 Prozent gegenüber Altanlagen steigern werde. Verschwiegen wird, daß heutzutage anstatt des hoch gepriesenen Wirkungsgrades von 46 Prozent durch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) Gesamtwirkungsgrade von bis zu 90 Prozent erreicht werden können. Die geplante Anlage soll pro Jahr 8 bis 9 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) ausstoßen, ca. 3,3 Millionen Tonnen Steinkohle verbrennen und den Energiegehalt dieses kostbaren Rohstoffes nicht einmal zur Hälfte nutzen. Nach einer BUND-Umfrage sind zwei Drittel der Deutschen gegen die Planung von neuen Kohlekraftwerken.

Die Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Öl oder Gas hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem messbaren Anstieg von CO₂ in der Atmosphäre geführt. Untersuchungen für Deutschland zeigen in der Folge eine Erhöhung der jährlichen Durchschnittstemperatur um 0,8 Grad Celsius im letzten Jahrhundert. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts muss die Menschheit bei anhaltend hohem Klimagas-Ausstoß mit einem Hitzeschub von bis zu 6,4 Grad rechnen, begleitet von Stürmen, Dürren, Überschwemmungen, Hungersnöten und der Ausbreitung von Krankheiten. Zu diesem Ergebnis kamen die Klima-Experten der Vereinten Nationen auf ihrer Tagung im Februar 2007. Doch Politik und Energiewirtschaft halten trotzdem weiter an der höchst umweltbelastenden Stromerzeugung mit Kohle fest.

Bis 2012 ist in Deutschland der Bau neuer Kohlekraftwerke, darunter auch besonders klimaschädliche Braunkohlekraftwerke, mit einer Kapazität von über 24.000 Megawatt geplant, die die Atmosphäre jährlich mit zusätzlichen 147 Millionen Tonnen CO₂ belasten sollen. Der Anteil der genutzten Restwärme ist meist so gering, dass daraus ein schlechter Gesamtwirkungsgrad der Anlage entsteht. Der Bau dieser Kraftwerke würde eine klimaschädliche Energieversorgung für Jahrzehnte zementieren und zukünftige Klimaschutzziele wären nicht mehr einzuhalten.

Der Umwelt-Infodienst fordert daher kleine dezentrale Kraftwerke, bei denen die Wärme durch KWK-Technik bei der Stromerzeugung mitgenutzt wird. Die Erzeugung kann damit sehr flexibel an den Verbrauch angepasst werden und ist mit Erdgas auch besonders CO₂-arm. Als wichtigen Beitrag zum Klimaschutz sieht der Umwelt-Infodienst auch die für jedermann bestehende Möglichkeit, zu einem seriösen Ökostromanbieter zu wechseln. Erst wenn RWE Power und andere Energiekonzerne merken, dass die betroffenen Bürger ihnen nicht den Strom abkaufen wollen, der zu ihren Lasten produziert wird, kann sich in der Politik der Unternehmen etwas ändern. Dabei ist Strom der ausschließlich umweltfreundlich produzierenden Energieversorger oft nur unwesentlich teurer als der aus herkömmlicher Erzeugung. In manchen Regionen kann er sogar günstiger sein. Wie problemlos der Wechsel möglich ist, zeigt das Bündnis von Ökostromanbietern auf seiner Internetpräsenz www.atomausstieg-selbermachen.de.

Achtung Redaktionen: Für telefonische Rückfragen stehen wir Ihnen gerne unter der Rufnummer 0170 / 67 38 634 zur Verfügung.

Umwelt-Infodienst und Pressebüro arbeiten ehrenamtlich, unabhängig und finanzieren sich ausschließlich aus eigenen Mitteln.